----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Raetz, Thomas Dr. [<mailto:traetz@GSTBRP.DE>]

Gesendet: Freitag, 7. September 2018 11:08

An: 'm.boos@vgvsim.de' <m.boos@vgvsim.de>; 'aimig@rheinboellen.de' <aimig@rheinboellen.de>; Thilo Becker <Thilo.Becker@hoehr-grenzhausen.de>; 'b.juengling@hillesheim.de' <b.juengling@hillesheim.de>; 'ahackethal@morbach.de' <ahackethal@morbach.de>; 'Olaf.Gouase@vg-edenkoblen.de' <Olaf.Gouase@vg-edenkoblen.de>; 'Reuter Andreas' <Andreas.Reuter@vg-maikammer.de>; 'jschabbach@morbach.de' <jschabbach@morbach.de>

Cc: Frieden, Karl-Heinz Dr. <khfrieden@gstbrp.de>; Meiborg, Stefan <smeiborg@GSTBRP.DE>; Schaefer, Stefan Dr. <dschaefer@GSTBRP.DE>; Nick, Andreas <ANick@gstbrp.de>

Betreff: Holzvermarktung - Finale Texte nach Abstimmung mit der ADD

Sprecher der 5 regionalen Arbeitsgruppen zur Neustrukturierung der Holzvermarktung

Sehr geehrte Herren,

die Vorabstimmung der Analyse und des zugehörigen Entwurfs für den Gesellschaftsvertrag mit der ADD ist nun endgültig abgeschlossen.

Im Dateianhang finden Sie die finalen Texte zur weiteren Beratung bzw. Anpassung in Ihrer Region.

Gekennzeichnet (gelb) sind nur noch die Änderungen gegenüber der Fassungen 3.1, die wir Ihnen Ende Juli zugesandt hatten.

Für die beiden Varianten wurden nun - wie zuletzt in Mainz besprochen - getrennte Fassungen vorbereitet - OHNE und MIT Gewichtung. Die Anlagen 1 bis 4 zur Analyse sind jeweils identisch.

Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die beiden vorige Woche in Mainz diskutierten Themen (vgl. Niederschrift):

a) Die Notwendigkeit, dass in jeder Ortsgemeinde eine Willensbildung zur Frage der künftigen Holzvermarktung erfolgt und gegenüber der Verbandsgemeinde ein "zustimmendes Votum" abgegeben wird. Hierzu sind keine Ratsbeschlüsse jeder OG erforderlich; es genügt, wenn die Verbandsgemeinde über ihre Absicht informiert und ein entsprechendes Votum der OG herbeiführt.

Soweit das so noch nicht geschehen sein sollte wäre dies vor der Anzeige nach § 92 GemO nachzuholen.

(vgl. in der Analyse unter Nr. 3.10)

b) Gewichtung der Gesellschafts- bzw. Stimmanteile

Auch für die Variante "MIT Gewichtung" haben wir einen Text mit der ADD vorabgestimmt.

Es bleibt dabei, dass dem Grunde nach bei jeder Änderung der Waldfläche eines Gesellschafters die Gewichtung der Gesellschaftsanteile anzupassen ist.

Immerhin konnte im Nachgang noch erreicht werden, dass eine solche Anpassung einmalig gebündelt für alle Änderungen eines Kalenderjahres vorgenommen

werden kann;
aber auch dafür verbleibt immer noch ein erheblicher Aufwand.
(vgl. in der Analyse unter 3.4 und im GesV unter §§ 5, 7 und 8)

Die drei Regionen, die sich auf eine Gewichtung verständigt hatten, bitten wir daher zu prüfen, ob man nicht zur Variante "ohne Gewichtung" wechselt. Aus Sicht des GStB erscheint dies, mit Blick auf die überschaubare Tragweite der üblicherweise in der Gesellschafterversammlung zu fassenden Beschlüsse, empfehlenswert.

Das weitere Verfahren geht nun - wie bereits besprochen - in die Hände und Verantwortung der fünf Regionen - auf Basis der mit der ADD vereinbarten Abwicklung des Anzeigeverfahrens.

Die beigefügten Texte sind nun in jeder Region individuell zu "finalisieren", d.h. an die konkreten regionalen Gegebenheiten anzupassen, insbesondere hinsichtlich Firmenname, Liste der Gesellschafter und Festlegung der Gesellschaftsanteile (Endfassungen). Bitte bedenken Sie dabei, dass alle inhaltliche Abweichungen von den Vorlagen von der ADD erneut geprüft werden.

Der AG-Sprecher stellt diese Endfassungen jedem "seiner" Gesellschafter zur Verfügung. Diese vernichten idealerweise alle bis dahin erstellten Vorläuferfassungen.

Auf dieser Basis wird dann das mit der ADD vereinbarte "gebündelte Anzeigeverfahren" gegenüber der ADD eingeleitet; dazu erstellt jeder Gesellschafter das notwendige Anschreiben an die ADD (Textvorlage hier nochmals beigefügt, siehe eMail vom 27. Juli) und übersendet dieses zusammen mit dem Grundsatzbeschluss und einer Beschreibung, wie das o.g. zustimmende Votum der Ortsgemeinden herbeigeführt wurde, an den jeweiligen regionalen Sprecher. Dieser sendet diese Unterlagen dann gebündelt für alle Gesellschafter an die ADD - zusammen mit der bekannten Excel-Kontrollliste.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie ihre Gesellschafter nochmals um die Einhaltung des gebündelten Anzeigeverfahrens bitten.
(es wurden offenbar schon erste Anzeigen eingereicht - sowohl bei Kreisverwaltungen als auch bei der ADD - was dort zu Verwirrungen führte).

Damit beginnt formal die 6-Wochen-Frist nach § 92 Abs. 1 GemO zu laufen, die - so hat es die ADD zugesagt - nicht ganz ausgeschöpft werden soll.
Die bei der ADD zuständige Referentin übernimmt die Bearbeitung ab KW 39 (bis dahin im Urlaub).

Danach kann der finale Beschluss über die Beteiligung an der neuen GmbH gefasst und die GmbH gegründet werden.
Einen diesbezüglichen Beschlussvorschlag werden wir Ihnen noch zur Verfügung stellen.

Für die kreisangehörigen Kommunen ist bekanntlich ein weiterer Schritt erforderlich:

Diese haben zusätzlich und zeitgleich auch ihre unmittelbare Aufsichtsbehörde bei der Kreisverwaltung über die Absicht der Unternehmensbeteiligung in Kenntnis zu setzen und eine Stellungnahme anheimzustellen. Wir bitten auch hierfür die

Textvorlage zu verwenden, die Sie bereits erhalten haben, und dort nur die o.g. (regionalisierten) Endfassungen beizufügen.

Wir beabsichtigen zudem Anfang nächster Woche, alle Mitgliedsverwaltungen in einem Rundschreiben über die o.g. von der ADD geforderten Regelungen sowie über das weitere Verfahren zu informieren.

Diesem Schreiben wollen wir auch die beiden vorgenannten Textvorlagen für die Anschreiben beifügen - nicht jedoch die Analyse und den Gesellschaftervertrag.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen wie gewohnt zur Verfügung.

Beste Grüße
Thomas Rätz

Dr. Thomas Rätz
Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 1, 55116 Mainz

06131 2398 127
0172 8466979
traetz@gstbrp.de
www.gstbrp.de